

WIRTSCHAFTSSTANDORT ÖSTERREICH

Appell an Regierungschef

Absolute Priorität beim Neustart der Regierung muss die **Stärkung des heimischen Wirtschaftsstandortes haben**, forderten zahlreiche Wirtschaftsvertreter in Richtung designiertem Bundeskanzler Christian Kern. Mit ihm stehe künftig zwar ein Mann mit Wirtschaftskompetenz an der Spitze der Regierung, aber „wir geben ihm aber auch einen Rucksack mit“, sagte Günter Stummvoll, Sprecher der Plattform für Leistung und Eigentum. Dieser ist ziemlich schwer, wie im Rahmen einer Pressekonferenz von Vertretern der heimischen Wirtschaftsverbände zu hören war: „Die anhaltende Investitionsschwäche wird zu einer immer größeren Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft“, beklagt die Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich, Anna Maria Hochhauser. Die Regierung sei gefordert, rasche Investitionsanreize zu setzen. „Wir stellen uns hier vor, dass man bereits im ersten Jahr der Investition bis zu 50 Prozent der Investition abschreiben können soll.“ Außerdem müsse es auch einen Beteiligungsfreibetrag für private Investitionen geben, um die Finanzierung von kleinen Unternehmen zu fördern. „Wenn jemand 100.000 Euro beispielsweise in so ein Unternehmen investiert, soll er das auf fünf Jahre absetzen können, das heißt ein Absetzbetrag von 20.000 Euro pro Jahr.“

„Regulatorische Belastungen und mangelnde Flexibilität für Unternehmen wirken wie Sand im Getriebe des Wirtschaftsstandortes. Insbesondere das derzeitige österreichische Arbeitszeitrecht ist unflexibel und restriktiv“, ärgert sich Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV). Es müssten die betriebsindividuellen Arbeitszeit-Modelle gestärkt werden, „und es geht auch darum, dass wir die Durchrechnungszeiträume erweitern“. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie sehe keine täglichen Höchstarbeitszeiten vor, sondern Ruhezeiten von zwölf oder elf Stunden. Oliver Ginhör, Präsident des Bundes der Steuerzahler (VÖS), fordert von der künftigen Regierung als ersten Schritt eine Entschärfung der kalten Progression. Das Steuerrecht sein unnötig kompliziert, ohne dass dadurch das Steueraufkommen steigen würde.

Klaus Hübner, Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhand, meint: „Es ist unbestritten, dass wir den Faktor Arbeit steuerlich entlasten müssen. Den dazu notwendigen budgetären Spielraum müssen wir uns erst erarbeiten und dazu wird es Strukturreformen brauchen, wie die **Reform der Sozialversicherungsträger und die Vereinfachung der Steuergesetze**“. Und: „Wichtige Dinge anpacken und so die Stimmung im Land drehen. Lohnnebenkosten senken, die zarte Konjunktur nicht blockieren.“ Die Regierung müsse zum Beispiel beim Finanzausgleich Haltung zeigen, stellte Michael Lunzer, 1. Präsident-Stellvertreter der Österreichischen Notariatskammer, seine Forderungen auf.

Von der neuen Bundesregierung bräuchten Unternehmen zum Beispiel eine **Standort-Roadmap für das 21. Jahrhundert statt der Gewerbeordnung von 1859**, so Rupert Wolff, Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages.

Auch Michaela Reitterer, Präsidentin der Österreichischen Hoteliervereinigung (ÖHV), tritt für einen Kurswechsel ein: „Den Kopf auszuwechseln führt noch nicht automatisch zu dem neuen Denken, das wir brauchen: mit gemeinsamen Zielen statt Blockade, Reformwillen statt Abtausch, Zug zum Tor statt Catenaccio.“

MITTELSTANDS-ALLIANZ

Totales Umdenken gefordert

Die Österreicher und noch viel mehr die Wirtschaftstreibenden wollen einen Kurswechsel, weg von der Globalfinanz- und Konzern-Privilegien erhaltenden hin zu einer den **unternehmerischen, mittelstandstärkenden Politik**. Die Klein- und Mittelbetriebe verlieren laut der Gallup-Umfrage „Mittelstands-Barometer“ kontinuierlich an Macht und Einfluss – ihre Bedeutung als „Nr.1-Retter aus der Krise“ steigt jedoch. 77 Prozent der Österreicher halten Konzerne für ständig an Einfluss gewinnende „Lobby-Sieger“ und dreimal so durchsetzungsstark wie den Mittelstand, zeigt die von der KMU-Plattform „Lobby der Mitte“ und dem „Senat der Wirtschaft“ gemeinsam präsentierte Studie. Demnach erachten 63 Prozent der Österreicher den Mittelstand für sehr wichtig und die Mehrheit wünscht ihm mehr Durchsetzungskraft. Insgesamt zählen sich zwei Drittel der wahlberechtigten Österreicher zum Mittelstand, also rund 2,5 Millionen Menschen. Das seien viel mehr als es Unternehmer gibt und mehr als jede „Großpartei“ Wähler hat, kommentiert Wolfgang Lusak, Initiator der KMU-Plattform. „Die Mitte ist nicht nur physikalisch, sondern vor allem politisch und sozial notwendig, um Stabilität zu gewinnen“, erklärt Erhard Busek, Ex-Vizekanzler und Präsident des Netzwerkes „Senat der Wirtschaft“. Aus seiner Sicht droht das **Verständnis für die Mitte verloren zu gehen, „weil wir uns permanent mit den Rändern auseinandersetzen“**. Entscheidend sei, dass man dem Mittelstand die Bewältigung seiner Probleme ermögliche. Dies verlange eine Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Globalisierung und die Schaffung von Instrumenten, mit denen die Regionalpolitik, der Nationalstaat und vor allem die internationale Politik diese beherrschen können.

Lusak und Busek werfen der Politik vor, diejenigen, welche „die meisten Steuern zahlen und die meisten Arbeitsplätze schaffen“, links liegen zu lassen. Auch die Förderung von Innovation, Export sowie die Finanzierung von KMU würden vernachlässigt und damit Wachstum verhindert. Gemeinsam wird nun an einer „Mittelstands-Allianz“ gearbeitet. Dazu wollen sie Themenführerschaft für den Mittelstand, die Auszeichnung hervorragender Mittelstandsbetriebe und eine spezielle Networking-Ausbildung zur besseren Durchsetzung von KMU vorantreiben.



Erhard Busek, Präsident des „Senats der Wirtschaft“, warnt: „Das Verständnis für die Mitte geht verloren“